

«Die Schweiz im Zwiespalt von Völker- und Neutralitätsrecht und der Wiederausfuhr von Rüstungsgütern»

Fazitbericht I 13. FSS Security Talk vom 20. April 2023, Hotel Schweizerhof, Bern

Die Kontroverse um die Wiederausfuhr von Schweizer Rüstungsgütern schadet nicht nur der internationalen Reputation der Schweiz, sondern gefährdet auch direkt die Sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis (STIB) und damit den Industriestandort Schweiz. Wie kann sich die Schweiz aus diesem selbst verursachten Dilemma zwischen Neutralitätsrecht und der international geforderten Solidarität mit der Ukraine befreien? Und wie gelingt es ein realistisches und langfristiges Neutralitätsverständnis zu finden, das nicht nur im Ukraine-Krieg, sondern auch bei weiteren kriegerischen Bedrohungen anwendbar ist?

Diese und weitere wichtige Fragen diskutierten beim 13. FSS Security Talk in Bern namhafte Experten wie **Prof. Dr. Christoph Frei** (Staatswissenschaftler und Professor für internationale Beziehungen, Universität St. Gallen), **Simon Plüss** (Minister, Stv. Bereichsleiter bilaterale Wirtschaftsbeziehungen, Ressortleiter Rüstungskontrolle und Rüstungskontrollpolitik, SECO), **Dr. Stefan Brupbacher** (Direktor Swissmem), Nationalrat und SiK-N Präsident **Mauro Tuena** sowie **Roland Borer** (alt Nationalrat & Unternehmer).

Es zeigte sich, dass die Schweizer Neutralität im Kontext globaler Interdependenzen und des russischen Angriffskriegs überdenkt werden muss. So wird das jetzige Neutralitätsverständnis mancherorts als Hemmschuh für eine glaubwürdige internationale Kooperation sowie als Hindernis für die Schweizer Rüstungsindustrie- und Zusammenarbeit gesehen. Gleichzeitig fällt es schwer trotz der Einigkeit über den Handlungsbedarf, politische Mehrheiten in der Schweizer Politik zu finden. Die Frage bleibt daher offen, welche Rolle die Schweiz in der europäischen Sicherheitsarchitektur spielen soll und kann.

«Der Bundesrat hat nicht im luftleeren Raum entschieden»

Den Auftakt zum 13. FSS Security Talk bildeten zwei aufschlussreiche Input-Referate. Als Erster gab **Simon Plüss** (Minister, stv. Bereichsleiter bilaterale Wirtschaftsbeziehungen, Ressortleiter Rüstungskontrolle und Rüstungskontrollpolitik, SECO) einen Einblick in die **Grundlagen und Entwicklungen der Rüstungskontrollpolitik des Bundes**.

Simon Plüss begann sein Referat mit einer **Auslegeordnung der aktuellen Bestimmungen zur Waffen- ausfuhr und zum Kriegsmaterialgesetz (KMG)**. Der Bundesrat habe sich schon mehrmals mit diesen Fragen befasst, bemerkte er. Ein erstes Mal beurteilte der Bundesrat am **3. Juni 2022** eingehend die Weitergabe von Schweizer Kriegsmaterial an die Ukraine sowie die Ausfuhr von Kriegsmaterial-Zulieferungen in Form von Baugruppen und Einzelteilen an europäische Rüstungsunternehmen: Er kam zum Schluss, dass die **Ausfuhr von Kriegsmaterial mit Schweizer Ursprung** aufgrund der Ausfuhrkriterien des Kriegsmaterialgesetzes und des neutralitätsrechtlichen Gleichbehandlungsgebots nicht möglich sei. Gleichzeitig sprach sich der Bundesrat dafür aus, dass die **industrielle Kooperation mit dem Ausland in Form der Zulieferung von Baugruppen und Einzelteilen an europäische Rüstungsunternehmen weiterhin möglich** bleiben soll, auch wenn das im Ausland hergestellte Kriegsmaterial in die Ukraine gelangen könnte. Dies steht im Einklang mit dem KMG, das eine entsprechende Ausnahme für die Zulieferung von Baugruppen und Einzelteilen vorsieht. Aufgrund des internationalen Drucks und der immer lauter werdenden Kritik befasste sich der Bundesrat am **10. März 2023** erneut mit der Thematik und beschloss, an der **bisherigen Praxis festzuhalten**.

Anschliessend zeigte Simon Plüss auf, welche Überlegungen zu dieser Praxis des Bundesrats geführt haben. Wie er erklärte, enthält das **KMG** seit letztem Jahr in Art. 22a eine Bestimmung, die klar besagt, dass **Auslandsgeschäfte nicht bewilligt** werden können, wenn das **Bestimmungsland in einen internen oder internationalen Konflikt verwickelt** ist. Das heisst, dass die Ausfuhr von Kriegsmaterial aus der Schweiz in die Ukraine verboten ist. Zudem besagt Art. 18 KMG, dass die **Ausfuhr von Kriegsmaterial grundsätzlich nur bewilligt** werden kann, wenn es sich erstens um eine Lieferung an eine ausländische Regierung handelt und sich diese Regierung zweitens im Rahmen einer **Nichtwiederausfuhr-Erklärung** verpflichtet, dass sie das Material aus der Schweiz nicht ohne ihre Zustimmung weitergibt. Die Ausnahme bilden Einzelteile, die eingebaut und nicht unverändert wieder ausgeführt werden. In diesem Fall kann auf eine Nichtwiederausfuhrerklärung verzichtet werden. «Der Bundesrat hat nicht im luftleeren Raum entschieden, sondern hat auch auf konkrete Geschäfte zurückgegriffen», betonte Simon Plüss.



Danach erläuterte er, wie diese Bestimmungen im KMG auf die eidgenössische Volksinitiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (sog. «**Korrektur-Initiative**») zurückgingen. Diese hatte zum Ziel, die **Ausfuhr von Kriegsmaterial in Konfliktregionen vollumfänglich zu verhindern** und dem Bundesrat den entsprechenden Handlungsspielraum zu nehmen. Im Rahmen der Ausarbeitung der Botschaft zur Korrektur-Initiative erarbeitete der Bundesrat einen **indirekten Gegenvorschlag**. Dieser sah vor, die **Ausfuhrkriterien von der Verordnungsstufe auf die Gesetzesstufe zu heben**. Nichtsdestotrotz wollte sich der Bundesrat damals eine **Abweichungskompetenz** vorbehalten, welche ihm die Möglichkeit gibt, **bei ausserordentlichen Umständen zur Wahrung der aussen- und sicherheitspolitischen Interessen des Landes** von diesen Ausfuhrkriterien abweichen zu können. Dieser berühmte Art. 22b im Gegenvorschlag des Bundesrats wurde jedoch **vom Parlament abgelehnt**, sodass am Schluss ein indirekter

Gegenvorschlag verabschiedet wurde, der strenger war als die Initiative selbst. Aufgrund dieses Parlamentsbeschlusses entschied das Initiativ-Komitee schliesslich die Initiative zurückzuziehen.

Schliesslich ging Simon Plüss auf das **Neutralitätsrecht und das Haager Übereinkommen** ein. Wichtig sei, betonte er, dass es im Neutralitätsrecht keine Verpflichtung gibt, die Kriegsmaterialausfuhr von privaten Unternehmen zu verhindern. Wenn aber Einschränkungen bei der Ausfuhr von Kriegsmaterial durch private Unternehmen gemacht werden, dann gilt das **neutralitätsrechtliche Gleichbehandlungsgebot**. Basierend auf diesen Ausführungen zog Simon Plüss ein erstes Fazit. Das KMG, das Neutralitätsrecht und auch die Korrektur-Initiative hätten letztlich ein Ziel: zu **verhindern, dass Schweizer Kriegsmaterial in Konfliktgebieten auftaucht**. Vor diesem Hintergrund sei der Bundesrat daher zum Schluss gekommen, diese **Ziele auch auf die Wiederausfuhr von Kriegsmaterial anzuwenden**. Nach dieser Logik wende der Bundesrat seit 30 Jahren das Prinzip an, dass für Wiederausfuhr die gleichen Kriterien zur Anwendung kommen wie für die Ausfuhr aus der Schweiz.

Zum Abschluss seines Referats ging Simon Plüss auf die aktuellen **parlamentarischen Vorstösse zur Wiederausfuhr von Kriegsmaterial** ein. Auch der Bundesrat habe gesagt, wenn man diesbezüglich eine Veränderung wolle, dann müsse der Gesetzgeber aktiv werden. Wie Simon Plüss ausführte, sind aktuell fünf parlamentarische Vorstösse hängig: zwei Motionen und drei parlamentarische Initiativen. Seiner Ansicht nach gingen die Interessen, die hinter diesen verschiedenen Vorstössen stehen, so weit auseinander, dass es schwierig werde, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Er denke daher nicht, dass der Gesetzgeber eine rasche Lösung für die Problematik der Wiederausfuhr finden werde.

«Kann neutral sein, wer nicht mehr unabhängig ist?»

Als Zweiter ergriff **Prof. Dr. Christoph Frei**, Staatswissenschaftler und Professor für internationale Beziehungen an der Universität St. Gallen, das Wort. Er betonte gleich zu Beginn die hohe Relevanz der Thematik für die Sicherheit der Schweiz: «Wie erfüllen wir den verfassungsmässigen Auftrag die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten? Denn **wir müssen nicht die Neutralität retten, wir müssen die Sicherheit gewährleisten!**»

Prof. Dr. Frei hob einleitend den Zusammenhang zwischen dem Wohlstand der Schweiz und ihren Institutionen hervor. Der Wohlstand der Schweiz erkläre, warum wir so sehr an unseren Institutionen der letzten 200 Jahre wie der direkten Demokratie und der Neutralität hängen. Die Schweiz kultiviere die Neutralität – im Sinner der Nichteinmischung in fremde Konflikte – seit ungefähr Mitte des 17. Jahrhunderts. In unserer Wahrnehmung konnten wir immer sehr stark von ihr profitieren. Das erkläre die grosse Bedeutung der Neutralität für die Schweizer.

Es lohne sich daher der Blick zurück auf die **Entstehungsgeschichte der Neutralität**, erklärte Prof. Dr. Frei. Mit dem Ende des dreissigjährigen Krieges bildeten sich souveräne Staaten mit einer gewissen Unabhängigkeit als Einheiten, die volkswirtschaftlich, rechtlich und politisch symmetrische Räume besetzten. Natürlich waren diese Räume auch schon damals nicht zu 100% deckungsgleich und natürlich gab es Handel. Rivalitäten unter europäischen Grossmächten waren in dieser Zeit verbreitet. Am Wiener Kongress beschloss man daher, dass die Schweizer Neutralität im europäischen Interesse liege. Gleichzeitig, so betonte Prof. Dr. Frei, sei Krieg zu dieser Zeit normal gewesen: **Jeder Staat hatte ein Recht auf Angriffskrieg**. In diesem Rahmen habe die **Neutralität ein legitimes aussenpolitisches Konzept** dargestellt, gerade auch für einen armen Kleinstaat.

Aus diesen Voraussetzungen seien zu Beginn des 20. Jahrhunderts die **Haager Konventionen** entstanden, erläuterte Prof. Dr. Frei. Diese stellen den **wichtigsten Bezugspunkt für den neutralitätsrecht-**

lichen Kern dar, auf welchen sich die Schweiz bis heute bezieht. Dieses Recht entstand vor 120 Jahren und wurde niemals angepasst. Dieser Rechtsbestand könnte heute gar nicht mehr so entstehen, weil wir heute ein völlig anderes Völkerrecht haben, hob Prof. Dr. Frei hervor. Natürlich gälten die Haager Konventionen noch, aber sie passen nicht mehr zur heutigen Lage. Denn **Grundlage dieses Rechts** sei das **Recht jedes souveränen Staates auf Krieg**, betonte Prof. Dr. Frei.

Im Anschluss lenkte Prof. Dr. Frei den Fokus weg von der Perspektive der Schweiz, hin zu jener des Umfelds. Denn die Neutralität müsse immer im Kontext der anderen Staaten betrachtet werden, wobei sich eine entscheidende Frage stelle: **Gibt es noch souveräne Staaten?** Auf dem Papier, ja, wegen der Globalisierung aber praktisch nicht mehr. Wirtschaftsräume seien entgrenzt, der Freihandel setze Verträge voraus, bemerkte Prof. Dr. Frei. So ist die Schweiz in ihrem Handeln an 4'280 völkerrechtliche Verträge gebunden. Entsprechend stellte Prof. Dr. Frei fest, dass wir heute ein **«Law of cooperation» statt eines «Law of coexistence»** haben. Auch die internationale Sicht auf Kriege habe sich auch grundsätzlich geändert: Seit der Gründung der UNO ist **Krieg nicht mehr legal und legitim, sondern irrational, illegal und geächtet**. Wer heute einen Angriffskrieg führt, wird gemäss der UNO-Charta bestraft. Wir sind heute in einer Zeit angekommen, in der wir uns Krieg nicht mehr leisten können.

Noch grösser als die wirtschaftliche, sei heute aber die **technologische Vernetzung**, bemerkte Prof. Dr. Frei: «Wir sind, ob es uns passt oder nicht, an einem Punkt angekommen, an dem wir technologisch, wirtschaftlich, völkerrechtlich, sozial, über ökonomische Migration zusammengewachsen sind». Natürlich gebe es noch die politische Fragmentierung in souveräne Staaten, aber diese Fragmentierung dürfe nicht den Blick verstellen, auf die enge Art und Weise, wie wir verbunden sind. Prof. Dr. Frei stellte daher die Schlüsselfrage: **«Kann neutral sein, wer nicht mehr unabhängig ist?»**.



Abschliessend hielt Prof. Dr. Frei fest, dass die **schweizerische Wahrnehmung besser mit den Entwicklungen im Umfeld schritthalten** müsse. Er erinnerte daran, dass die Armee in den letzten drei Jahrzehnten in einer – aus seiner Sicht – kurzfristigen, unhistorischen und geschichtsvergessenen Weise zusammengespart wurde und das Verteidigungsetat der Schweiz in den letzten Jahren deutlich unter 0.8% gelegen habe. Er wünsche sich daher «ein bisschen mehr Kostenwahrheit, Offenheit und Ehrlichkeit im politischen Diskurs», so Prof. Dr. Frei. Denn die **Sicherheit der Schweiz werde sicher nicht durch die bewaffnete Neutralität gewährleistet, sondern durch die Vereinigten Staaten von Amerika und die NATO**. Gleichzeitig sei die Schweiz kein armer Kleinstaat mehr, sondern eine der zwanzig grössten Volkswirtschaften der Welt. Angesichts dessen, dass die Schweiz nicht der NATO beitreten wolle, forderte Prof. Dr. Frei daher **mehr Solidarität von der Schweiz**: «Wir können die Neutralität gerne behalten, aber stellen wir sie bitte neu auf. Passen wir sie völkerrechtlich an. Suchen wir Nachbarn, die diese Neutralität noch einigermaßen mitzutragen gewillt sind». Nach dem Krieg in der Ukraine gelte es, die **europäische Sicherheitsordnung zu reanimieren und die OSZE wieder aufzubauen** – auch mit Russland. Die Schweiz dürfe dabei aber nicht neutral abseitsstehen, sondern müsse diese **neue europäische Sicherheitsordnung mitfinanzieren und mitinitiiieren**, und zwar nicht nur mit humanitären Mitteln.

Die Schweiz in der Krise?

Nach den beiden Referaten folgte eine hochkarätige **Panel-Diskussion** moderiert durch **Fredy Müller**, Geschäftsführer des FORUMS SICHERHEIT SCHWEIZ. Neben **Prof. Dr. Christoph Frei** nahmen auch **Dr. Stefan Brupbacher** (Direktor Swissmem), **Nationalrat und SiK-N Präsident Mauro Tuena** (SVP, ZH) sowie **Roland Borer** (alt-Nationalrat & Unternehmer) an der Panel-Diskussion teil.

Einleitend konfrontierte Fredy Müller die vier Panellisten mit der jüngsten Aussage des U.S. Botschafters Scott Miller, die **Schweiz** befinde sich in Bezug auf die Neutralität **in der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg**. Während Dr. Stefan Brupbacher dies aus Sicht der Mitgliedsfirmen von Swissmem klar bejahte, brachte Nationalrat **Mauro Tuena** seine feste Überzeugung zum Ausdruck, die Schweiz sei nicht in einer Krise. Er betonte, Neutralität sei nicht einfach und man müsse die Neutralität der Schweiz erklären. Aber man müsse in der Situation, in der sich die Schweiz befindet, **dem Druck aus dem Ausland auch standhalten** können. Gleichzeitig verwies er auf die laufende Unterschriftensammlung für die **Neutralitätsinitiative**, welche die Möglichkeit bieten würde, über die Neutralität zu diskutieren und das Thema Volk und Ständen zur Abstimmung vorzulegen.

Prof. Dr. Christoph Frei spannte im Anschluss den Bogen von den aktuellen Diskussionen zur Neutralität zur Entwicklung der Schweizer Sicherheitspolitik. Die Schweiz sei ironischerweise in der Art und Weise, wie sie nach dem Ende des kalten Kriegs die **Friedensdividende** eingezogen habe, übereuropäisch gewesen. Gleichzeitig habe es aber immer Stimmen gegeben, die gewarnt haben, dass sich die OSZE seit 2001 nur noch im Niedergang befunden habe und die europäische Friedensordnung langsam zurückgelassen wurde. **Roland Borer** teilte diese Analyse: Die Schweiz habe heute tatsächlich ein **sicherheitspolitisches Defizit**. Dies führte er einerseits auf die jahrzehntelange Vernachlässigung sicherheitspolitischer Themen durch die bürgerlichen Parteien und andererseits auf das politische Denken zurück, welches nicht mehr langfristige Zeiträume betrachtet, sondern sich nur noch an vierjährigen Wahlperioden orientiere.

Nationalrat **Mauro Tuena** gestand ein, dass auch bürgerliche Bundesräte mitverantwortlich dafür waren, dass die Armee jedes Jahr weniger Geld und weniger Personal zur Verfügung hatte. Nun gelte es die Gunst der Stunde zu nutzen. Seiner Meinung nach wäre die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ohne den Ukraine-Krieg nicht so einfach über die Bühne gegangen. Man müsse aber im Kopf behalten,

dass man für weitere sicherheitspolitische Massnahmen, wie z.B. **eine Änderung des Kriegsmaterialgesetzes, Mehrheiten im Parlament und beim Volk schaffen** müsse.

Die Bedeutung der Rüstungsindustrie für die Sicherheit der Schweiz

Fredy Müller leitete die Diskussion zum zweiten Themenblock über: den **aktuellen Herausforderungen für die Schweizer Rüstungsindustrie**. **Dr. Stefan Brupbacher betonte** einleitend die Bedeutung der Rüstungsindustrie für die Sicherheit der Schweiz: **Die Schweiz könne sich nur verteidigen, wenn sie eine eigene Rüstungsindustrie habe, und diese Rüstungsindustrie müsse exportieren können, weil die Schweizer Armee zu wenig brauche**. Man verlange von der Schweizer Rüstungsindustrie, dass sie exportieren könne, folglich müsse sie auch dann exportieren können, wenn diese Waffen gebraucht werden und das sei unglücklicherweise nicht im Frieden. Alle Rüstungsunternehmen beklagten sich heute, dass sie **keine Exportmöglichkeiten** mehr haben, wenn sie nicht auch noch in einem anderen Staat produzieren können. Denn die **Schweiz habe diesbezüglich jegliche Zuverlässigkeit und jegliche Glaubwürdigkeit verloren** und damit ihre ganze Sicherheitspolitik in Frage gestellt, warnte Dr. Stefan Brupbacher.

Roland Borer teilte die Einschätzung von Dr. Stefan Brupbacher. Die Schweiz sei im Hinblick auf zukünftige Kunden als Lieferant nicht mehr vertrauenswürdig. Denn die Schweiz könne heute die notwendigen Garantien für Rüstungsgeschäfte, die oft mehr als 30 Jahre dauern, nicht mehr garantieren. **Internationale Rüstungsunternehmen** würden daher die **Produktion aus der Schweiz abziehen** und nur noch vom Know-how der Schweiz profitieren. Für **Prof. Dr. Christoph Frei** war diese Diskussion ein Beispiel für ein grösseres Phänomen: die **Deindustrialisierung Europas**. Vor dem Hintergrund der Kurzsichtigkeit der Sicherheitspolitik in Europa, sei es kein Wunder, dass die Abhängigkeit von den USA anhalte.



Der Moderator richtete anschliessend die Frage an Nationalrat **Mauro Tuena**, wie es die SVP miteinander vereinbare, dass sie einerseits eine starke Rüstungsindustrie fordere und gleichzeitig die Wiederausfuhr ebendieser Güter aufgrund von Neutralitätsbegrifflichkeiten verbieten wolle. Nationalrat Tuena verwies darauf, dass es bei der Diskussion um die **Weitergabe von Schweizer Munition** nur um etwa 12'000 Schuss gehe, diese Menge sei **nicht kriegsentscheidend**. Zudem würde eine Gesetzesänderung in Bezug auf die Wiederausfuhr von Kriegsgütern frühestens im Frühling 2024 in Kraft treten. Roland Borer liess diese Argumentation als alt-Nationalrat derselben Partei so nicht gelten: Er erwarte, dass die SVP gleichzeitig eine parlamentarische Initiative einreiche, um den Bundesrat aufzufordern, das Kriegsmaterialgesetz auf den Stand vor 2021 zurückzusetzen.

Nationalrat Mauro Tuena verwies jedoch erneut auf die **fehlenden parlamentarischen Mehrheiten** für eine solche Änderung. Man müsse dem Ausland sagen, dass die aktuelle Kriegsmaterialgesetzgebung von der Parlamentsmehrheit beschlossen wurde und die Schweiz ihre eigenen Gesetze nicht brechen könne. **Prof. Dr. Christoph Frei** stellte jedoch in Frage, ob diese Erklärung des rechtlichen Rahmens im Ausland verstanden und akzeptiert werde. Im Ausland sei im Zuge der Rettung der Credit Suisse durchaus auch wahrgenommen worden, dass die Schweiz sehr schnell handeln kann, wenn der Druck aus dem Ausland nur gross genug wird. Am Ende des Tages werde zur Kenntnis genommen, dass die **Schweiz von einem Sonderfall zu einem Störfall** wird, und zwar überall dort, wo sie nicht im Sinne des kollektiven Sicherheitssystems der UNO und des **Rechts auf Selbstverteidigung** handelt.

Ein neues sicherheits- und neutralitätspolitisches Verständnis für die Schweiz

Fredy Müller leitete den dritten und letzten Teil der Podiumsdiskussion ein, indem er die Frage aufwarf, ob die **Schweiz** ihren **Neutralitätsbegriff an die heutigen Begebenheiten anpassen** müsse. **Prof. Dr. Christoph Frei** stimmte zu, dass es die Schweiz - seit dem letzten Neutralitätsbericht von 1993 - verpasst habe, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie weit sich die neutralitätsrechtlichen Rahmenbedingungen von den Haager Konventionen entfernt haben. Gleichzeitig habe es der Bundesrat auch verpasst, sich auf den russischen Angriff auf die Ukraine vorzubereiten, trotz der Warnsignale aus den Vereinigten Staaten. **Der Schaden, den das Schweizer Verhalten seit dem 24. Februar 2022 angerichtet hat, sei enorm**. Wir müssen daher darüber sprechen, wo die Schweiz in Europa steht. Denn ob es uns passt oder nicht, wir sind **Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur**.

Dr. Stefan Brupbacher betonte hingegen, die **Schweiz** brauche eine **neue Art der aussenpolitischen Kultur**. Diese habe Swissmem vor zwei Jahren folgendermassen definiert: Als Kleinstaat in einer Welt, die immer multipolarer wird, in der es immer mehr Konflikte gibt und in der es für kleine, offene Volkswirtschaften immer schwieriger wird, braucht es drei Elemente: erstens die **Schweizer Unternehmen**, die unverzichtbare Produkte herstellen, die im Ausland gebraucht werden; zweitens **diplomatische Initiativen des EDA**, aber auch der anderen Departemente; und drittens ein **Neutralitätsverständnis**, dass nicht die Neutralität mit einem absoluten Verzicht auf jegliche Sanktionen in der Verfassung festschreibt, sondern auf einem Verständnis beruht, dass nicht jedes hinterste und letzte Land gleich ticken muss wie die Schweiz.

Prof. Dr. Christoph Frei nahm abschliessend Bezug auf die Aussagen von Bundesrat Ignazio Cassis, dass Neutralität kooperativ sei. Er kritisierte, die **Neutralität** sei **nur defensiv und nicht kooperativ, kooperativ seien Verteidigung und Sicherheit; sonst gebe es sie nicht**. Solange man über solche Wahrnehmungen streiten müsse, werde man einen schweren Stand haben, eine schweizerische Aussenpolitik im Bereich der Sicherheitspolitik zu entwickeln. Der Schweiz fehle die Erfahrung in der Aussenpolitik,

aber sie müsse kein Sonderfall bleiben. Stattdessen forderte er: **«Wir müssen lernen Sicherheit im Verbund zu denken, oder Europa wird immer abhängig und unmündig bleiben».**

«Die Schweiz muss sich bewegen»

Zum Abschluss der Panel-Diskussion fragte der Moderator die vier Diskussionsteilnehmer nach ihren **Schlussfolgerungen** für die Schweiz. **Roland Borer** ging auf die Rüstungsindustrie ein: Wenn man in der Schweiz warte, bis ihr gesamtes Netzwerk konfliktfrei ist, oder wenn man versuche die aktuelle Problematik über eine Volksinitiative zu lösen, dann werde es die Rüstungsindustrie bald nicht mehr geben. Es brauche daher **rasche und konsequente Entscheide, um die Schweizer Rüstungsindustrie zu erhalten**. **Dr. Stefan Brupbacher** stimmte dieser Schlussfolgerung zu: Die Schweiz müsse zurückkommen auf eine **pragmatische politische Kultur, die ihre Interessen klar definiert**. Eines dieser Interessen müsse sein, dass die Schweiz – und damit auch ihre Neutralität – im Ausland respektiert und akzeptiert wird.



Nationalrat **Mauro Tuena** betonte hingegen, es sei wichtig, dass die Schweiz als kleines, neutrales und souveränes Land, dem Ausland erkläre, was es heisst, eigenständig Entscheidung zu treffen. Er erinnerte an die besondere Rolle der Schweiz als Sitzstaat verschiedener internationaler Organisationen. Wenn die Schweiz ihre Neutralität aufgebe, könne sie niemals mehr als neutraler Vermittler auftreten und diese Organisationen würden uns wieder verlassen. Es gelte daher eine **Balance herzustellen zwischen der Neutralität und der Rüstungsindustrie**. Er erklärte, er sei bereit Hand zu bieten, um die **Sicherheit der Schweiz zu stärken**. Dafür brauche es aber politische Mehrheiten.

Prof. Dr. Christoph Frei bemerkte zum Schluss der Runde, die **Schweiz müsse sich bewegen**: «Wenn wir uns selbst nicht ein bisschen Bewegung zumuten in diesem wunderbaren Land, dann haben wir ein echtes Problem, relativ bald. Wir müssen uns daher bewegen, wir müssen uns Veränderungen zumuten

und wir müssen alle unsere innersten Überzeugungen auf den Prüfstand stellen und mit Argumenten wieder versuchen, ins Gespräch zu kommen», forderte er.

Nach diesem Schlusswort beendete Fredy Müller die Diskussion und lud alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein, die Diskussion beim anschließenden Apéro riche weiterzuführen.

